

XI. Gesetzgebungsperiode

DER PRÄSIDENT
DES NATIONALRATES

Wien, am 8. Mai 1969

Präs.: 9. Mai 1969

No. zu 450-NR/69

Anfragebeantwortung

Die an mich gem. § 69 GOG gerichtete Anfrage der Abg. Libal und Gen. vom 7. Mai 1969 betr. Auslegung des § 70 der Geschäftsordnung des Nationalrates (II-2555 d.B.) beantworte ich wie folgt:

Das Interpellationsrecht des Nationalrates im Sinne des Art. 52 Abs. 1 B-VG. wird durch die Bestimmungen des § 71 GOG näher bestimmt. Diese Vorschriften enthalten im Gegensatz zu den Bestimmungen des § 75 Abs. 2 GOG, die hinsichtlich der mündlichen Fragen festlegen, daß jede Anfrage nur eine konkrete Frage enthalten und nicht in mehrere Unterfragen geteilt sein darf, keine diesbezügliche Beschränkung.

Daraus ist abzuleiten, daß die Teilung einer schriftlichen Anfrage in mehrere Unterfragen zulässig ist.

Voraussetzung ist naturgemäß, daß die einzelnen Fragen sich auf den Gegenstand der Anfrage beziehen.

Sollte daher unter "Kumulierung von Fragen" die Stellung mehrerer denselben Gegenstand der Anfrage betreffender Unterfragen verstanden werden, so könnte ich eine Rechtsansicht, daß dies nach der Geschäftsordnung des Nationalrates unzulässig sei, nicht teilen.

Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß im Hinblick auf die Bestimmungen des § 72 GOG ausschließlich dem Nationalrat eine Entscheidung über die Frage zukommt, inwieweit er die Beantwortung einer Anfrage oder die Begründung der Nichtbeantwortung zur Kenntnis nimmt. Dem Präsidenten des Nationalrates ist durch das GOG keine rechtliche Möglichkeit eingeräumt, auf die Beantwortung von Anfragen seitens eines Mitgliedes der Bundesregierung Einfluß zu nehmen.

Dem Bundesminister für Bauten und Technik habe ich unter einem von meiner hier dargelegten Rechtsauffassung in Kenntnis gesetzt.

M. Müller